

Yossi Beilin berät Israel, wie man dem ICC-„Problem“ ausweichen kann

[ICC, International Criminal Court / Internationaler Strafgerichtshof]

Jonathan Ofir, mondoweiss.net, 10.01.20

Israel steht einer neuen Art Problem seit der Ankündigung des Internationalen Gerichtshofes gegenüber, dass er Kriegsverbrechen, die im besetzten palästinensischen Gebiet (Westbank und Gaza) verübt wurden, während einer vorgerichtlichen Entscheidung der Kammer in Bezug auf das „Gebiet“ voll untersuchen werde.

Das Oslo-Abkommen, für das Beilin so hart gearbeitet hat, hatte „weniger als einen Staat“ zur Folge, wie es der damalige Premierminister Yitzhak Rabin dem Parlament versprochen hatte, und ging nicht über das Anfangsstadium einer tatsächlichen Bantustanisierung hinaus

Einige, wie der Zentrumsrivale Netanyahus, Benny Gantz, weisen die Gültigkeit des Gerichtshofes in diesem Fall glatt zurück. Gantz nannte sie „eine politische Entscheidung, keine rechtliche“, und fügte hinzu, dass „die israelische Armee eine der am moralischsten der Welt“ ist, und dass „die israelische Armee und der Staat Israel keine Kriegsverbrechen verüben“.

Aber dann gibt es jene, ein bisschen mehr links im zionistischen Spektrum, die einen komplizierteren, weniger derben Zugang suchen, der vielleicht auch ein bisschen schlauer ist. Dazu kommt Yossi Beilin ins Spiel.

Yossi Beilin ist ein Links-Zionist, der unter Ehud Barak von 1999 bis 2001 Justizminister war; er ist bekannt als einer der Architekten der Oslo-Vereinbarungen 1990, indem er viele der Hintergrund-Verhandlungen geführt hat. Beilin war auch Vorsitzender der Partei *Meretz* (weiter links als die Arbeitspartei); so hat er diese Aura eines Frieden suchenden Liberalen.

Es ist diese Aura, was seinen kürzlich in „Al-Monitor“ erschienenen Artikel unter der Überschrift „Statt es zu verleumden, sollte Israel sich dem ICC anschließen“ noch verstörender macht.

Beilin fängt mit einem Absatz an, der – da er von ihm kommt – als teilweise ironisch gelesen werden kann: „Es ist eine Weile her, dass Israel einen neuen Feind bekommen hat, der seine Existenz an sich bedroht. Die Ankündigung vom 20. Dezember von der Anklägerin des *International Criminal Court* (ICC) in Den Haag, Fatou Bensouda, dass sie eine „vernünftige“ Basis festgestellt habe, Israel der Kriegsverbrechen zu verdächtigen, die in der Westbank und im Gazastreifen begangen werden und begangen wurden, und dass sie den Gerichtshof um die Verfügung ersuche, die Untersuchung zu eröffnen, hat sowohl die in Gambia geborene Juristin wie den Gerichtshof selbst zu unseren eingeschworenen Feinden gemacht.“ Beilin spielt angeblich mit der Dämonisierung des ICC und Bensouda, die sich in israelischen Mainstream-Medien geäußert hat. Da das von ihm kommt, kann er

sich immer darauf herausreden, das sei ironisch. Aber es ist ihm sehr ernst damit, dass die Aussage des ICC ein „Problem“ sei.

Und hier ist das Problem: „Der ICC akzeptierte die Palästinenser als Mitglieder nach der Anerkennung ‚Palästinas‘ durch die UNO 2012 als einen Nicht-Mitglied-Beobachter-Staat, womit er den Weg der Palästinensischen Autorität ebnete, die Verfolgung der Israelis für Kriegsverbrechen zu suchen, die aus der Umsiedlung israelischer Bürger in Siedlungen in den besetzten Gebieten unter Verletzung des Völkerrechts stammen. Wenn der Gerichtshof Bensoudas Forderung nach einer solchen Verfolgung autorisieren würde, könnten viele Israelis verhaftet werden, wenn sie einmal Israel verlassen und vor den ICC in Den Haag gebracht werden. Israels Hauptargument gegen die Verfolgung ihrer Vertreter durch den ICC entspricht dem Verfahren, ist aber nicht passend, weil Palästina kein Staat ist und daher nicht autorisiert, solche Forderungen an den ICC zu stellen.“

Aber es ist ein Problem, das „mit relativer Leichtigkeit“ gelöst werden könne, stellt Beilin fest: „Israel kann das Problem mit verhältnismäßiger Leichtigkeit lösen: Man muss nur fast 20 Jahre zurückgehen und das Rom-Statut ratifizieren. Jeder Staat, der den Vertrag ratifiziert, ist berechtigt, eine siebenjährige Verschiebung des Agierens auf jeden Teil des Dokuments zu erhalten, den er besonders störend findet. Wenn Israel sich entscheidet, den Siedlungs-Paragrafen zu zitieren, ist der ICC bis 2028 nicht autorisiert, irgendeinen Israeli in diesem Zusammenhang festzunehmen. Die Ratifizierung würde den historischen jüdisch-israelischen Bemühungen Gerechtigkeit erweisen, den Gerichtshof einzurichten und individuelle Verbrecher zu untersuchen und andererseits die Bedrohung der Entscheidungsträger im Siedlungsprojekt mit gerichtlicher Verfolgung zu vermeiden. Unabhängig von der Sache des ICC wird Israel in den kommenden Jahren und besonders, wenn eine anders arbeitende Regierung gebildet wird, sich enorm bemühen müssen, eine Vereinbarung mit den Palästinensern zu erzielen. Bei einer solchen Vereinbarung ginge es auch um das Siedlungsprojekt. Wenn erst diese Vereinbarung erreicht sein würde, würde das Problem aus der internationalen Agenda im allgemeinen und aus der des ICC genommen werden können.“

Im Hauptteil von Beilins Artikel geht es darum, wie „jüdische Juristen führend unter den Befürwortern eines ständigen Tribunals waren“ am Ende des Zweiten Weltkrieges, und wie Vertreter Israels sich jahrelang um die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes bemühten, um Täter zu untersuchen, deren Länder sie verteidigten und sie mit Immunität für ihre Aktionen versahen“. Beilin stellt mit Bedauern fest, dass Israel 1998 schließlich gegen den Pakt zum Römischen Statut gestimmt hat, den Vertrag, der den ICC geschaffen hat, und er ist sich klar darüber, warum das passierte.

„Die UN-Abstimmung über den Vertrag, der den Gerichtshof einrichtete (bekannt als das „Statut von Rom“), wurde von 120 Nationen unterstützt – mit 21 Enthaltungen und 7 Staaten, die dagegen stimmten, unter diesen die USA und Israel. Die USA waren vor allem deswegen dagegen, weil in dem Statut vorgesehen war, dass Personen vom Gerichtshof untersucht werden könnten, selbst wenn ihre eigenen Länder dagegen sind. Israels Opposition stammte größtenteils aus der Entscheidung des Vertrages, dass die Umsiedlung von Staatsbürgern aus Gebieten einer Besatzungsmacht in besetzte Länder ein Kriegsverbrechen darstellt, für das jene, die beteiligt sind, verurteilt werden können.“

Mit anderen Worten: Beilin schlug vor, lieber etwas Zeit vergehen zu lassen durch die Ratifizierung des Rom-Statuts, als den ICC gewissermaßen von außen zu bekämpfen.

Das könnte einen Aufschub von acht zusätzlichen Jahren bewirken, weil der Gerichtshof Israels Anfechtung des Siedlungsunternehmens als kriminell zu überdenken haben müsste. Beilin ist klar, dass dieses das hauptsächliche und am wenigstens umstrittene Ergebnis ist, auf das der Gerichtshof eingehen würde. Alle israelischen Siedlungen sind eine offenkundige Verletzung des Völkerrechts, bestätigt durch zahlreiche UNSC-Resolutionen – wobei die neueste die UNSC-Resolution 2334 von 2018 ist, eine Resolution, die auch von der israelischen Linken verurteilt wurde.

Beilins Hauptargument ist, dass dies helfen würde, „die Bedrohung mit Gefängnis für die Entscheidungsträger zu vermeiden, die in das Siedlungs-Unternehmen involviert sind“ – und Beilin weiß, dass zu diesen „Entscheidungsträgern“ die zionistische Linke gehört.

„... was wir tun müssen, ist Manövrieren mit der amerikanischen Administration und dem europäischen Establishment, die von israelischen Elementen [mit Informationen] versorgt werden, die die Illusion schaffen, dass ein Abkommen erreicht werden kann“

Moshe Ya'alon, ehem. Vizepremier- und Verteidigungsminister

Beilins vermutete Verteidigung seiner Strategie ist seine Aussicht, dass das Zeit für Israel kaufen würde, „um eine enorme Anstrengung zu vollführen, die Einigung mit den Palästinensern zu erreichen“ und dass, weil sich eine solche Einigung an das Siedlungsprojekt richten würde, diese „Aussicht von der internationalen Agenda im allgemeinen, und von derjenigen des ICC“ entfernt werden würde. Aber was treibt Israel an, eine solche „enorme Anstrengung“ zu vollführen? Und man bemerke, wie vage die „Einigung mit den Palästinensern“ ist.

Das Oslo-Abkommen, für das Beilin so hart gearbeitet hat, hatte „weniger als einen Staat“ zur Folge, wie der damalige Premierminister Yitzhak Rabin dem Parlament versprach, und ging nicht über das Anfangsstadium einer tatsächlichen Bantustanisierung hinaus.

In der Tat, alle Vorschläge für „Frieden“ mit den Palästinensern, auch die von der israelischen Linken anvisierten, waren bestenfalls eine palästinensische Autonomie unter Bantustans. Beilin nimmt an, dass die Aussicht auf eine „Einigung“ besonders wertvoll sein werde, wenn „eine neue Regierung gebildet würde“ – aber welche neue Regierung? Israels „Dauerwahlen“ haben klar gezeigt, dass, wenn eine Regierung des rechten Flügels nicht in der Lage ist sich zu bilden, Israels einzige aktuelle Option für eine Regierung eine Regierung der nationalen Einheit von *Likud* und „Blau-Weiß“ ist mit Leuten wie Gantz an seiner wahrscheinlich linken Flanke. Als Netanyahu kürzlich Pläne ankündigte, die Westbank zu annektieren, sagte die Partei von Gantz, dass sie ihnen die Idee gestohlen haben. Beilin lebt in einem „Niemals-Niemals-Land“.

Diejenigen, die ein wenig ehrlicher sind, wie der frühere Vizepremier- und Verteidigungsminister Moshe Ya'alon, sagen es so: „Es gibt Druck: ‚Peace Now‘ von innen, und andere Elemente von außen. Also musst du manövrieren ... was wir tun müssen, ist Manövrieren mit der amerikanischen

Administration und dem europäischen Establishment, die von israelischen Elementen [mit Informationen] versorgt werden (und) die die Illusion schaffen, dass ein Abkommen erreicht werden kann ... Ich sage, die Zeit arbeitet für jene, die sie nutzen. Die Gründer des Zionismus wussten ... und wir in der Regierung wissen, wie man die Zeit nutzt.“*

Ya'alon, der früher im *Likud* war, dann aber zu „Blau-Weiß“ von Gantz wechselte, antwortete dies 2011 auf die Frage „Warum all diese Scheinverhandlungsspielchen“?

Übersetzung: Gerhilde Merz für Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2020/01/yossi-beilin-advises-israel-on-how-to-dodge-the-icc-problem/>

* <https://www.lrb.co.uk/the-paper/v33/n05/alastair-crooke/permanent-temporariness>

(übersetzt Gerhilde Merz)